

res politica®

**Wissen, was ist.
Sehen, was kommt.**

18. Oktober 2018

Zwischen Regierungsverantwortung und Regierungsverweigerung: Die AfD vor den Toren der Macht



von Dr. Wolfgang Klages

The trend is your friend

**„Hast dein Leben lang gewartet,
Hast gehofft, dass es sie gibt,
Hast den Glauben fast verloren,
Hast dich nicht vom Fleck bewegt
Jetzt kommt sie langsam auf dich zu,
Das Wasser schlägt dir ins Gesicht,
Siehst dein Leben wie ein Film,
Du kannst nicht glauben, dass sie bricht
Das ist die perfekte Welle,**

Das ist der perfekte Tag,
Lass dich einfach von ihr tragen,
Denk am besten gar nicht nach ...“

heißt es in einem Songtext der deutschen Popband Juli. **Politiker und Wähler der Alternative für Deutschland (AfD) mögen ähnlich empfinden, wenn sie den Aufstieg der Partei seit 2014 Revue passieren lassen.** Bei der vorletzten Bundestagswahl im September 2013 noch an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert, begann ein knappes Jahr später **der bis heute ungebrochene Siegeszug der Partei** bei Wahlen in Deutschland. Mit der Europawahl und den Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen im Spätsommer 2014 hob die Welle an.

Aus dem Stand katapultierte sich die AfD mit Zweitstimmenanteilen von jeweils rund einem Zehntel in die ostdeutschen Parlamente. In 2015 überwand sie in den westdeutschen Stadtstaaten Hamburg und Bremen locker die Sperrklausel. **Die vier Landtagswahlen im Jahr 2016 gli- chen einer Flutwelle:** Eine Viertel der Wähler in Sachsen-Anhalt und ein Fünftel der Stimmgebenden in Mecklenburg-Vorpommern entschieden sich für die AfD. Der Lohn: Zweitstärkste Landtagsfraktion in Magdeburg und Schwerin. Auch Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Berlin erfasste der Sog der neuen Rechtspartei, die dort mehr oder weniger als ein Siebtel der Wähler für sich gewann. Einstellig, aber weit oberhalb von fünf Prozent der abgegebenen Stimmen stieß die AfD im Jahr 2017 bei den Wahlen in westdeutschen Flächenländern (Saarland, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen) weiter vor.

Nach dem **Triumph bei der Bundestagswahl von 2017**, als die Anti-Establishment-Partei fast 13 Prozent der Zweitstimmen und rund 6 Millionen Wähler auf sich vereinte, stand fest, dass die AfD keine Ein-

tagsfliege bleiben würde. Vielmehr **gewann die erfolgreichste Neugründung einer deutschen Rechtspartei seit Bestehen der Bundesrepublik** immer festeren Boden unter den Füßen. Nach den Landtagswahlen in Bayern und Hessen wird die AfD im Bund und in allen deutschen Landtagen parlamentarisch vertreten sein. **In deutschlandweiten Umfragen rangiert sie inzwischen häufig vor der SPD** und konkurriert dann mit den Grünen um die Position der zweitstärksten Partei.

Der Abstand zur CDU beträgt (noch) plus/minus zehn Prozentpunkte. Die **Prognose**, sich bei der nächsten Bundestagswahl im Jahr 2021 **einer Zweitstimmenmarke von 20 Prozent in Westdeutschland und 30 Prozent in Ostdeutschland anzunähern, ist nicht zu gewagt**. Schon im Herbst des nächsten Jahres, nämlich bei den Landtagswahlen 2019 in Sachsen, mit Abstrichen auch in Thüringen und Brandenburg hat die AfD Aussicht, jeweils zur größten Landtagsfraktion aufzurücken.

Parallel zu ihrer kometenhaften Aufstiegsgeschichte entfernte sich die Partei von ihren eigentlichen Ursprüngen. Mit Führungswechseln, inhaltlicher Verhärtung und strategischem Außenseitertum. **Die Riege der liberal-konservativen Wirtschaftsprofessoren**, die der AfD ihren Namen gaben und sie vor allem gegen die deutschen Milliardenhilfen zur Lebensverlängerung der Europäischen Währungsunion ab 2013 in Stellung brachten, **ist weitgehend ausgeschieden**. Freiwillig oder wie der erste Vorsitzende Bernd Lucke – 2015 – abgewählt.

Auch seine **nationalkonservativere Nachfolgerin Petry** warf nach nur zwei Jahren das Handtuch verließ die Partei. Nicht allein, weil sie sich mit ihrer Egozentrik in den Spitzengremien der AfD isoliert hatte. Petry **scheiterte** vor allem daran, mit ihren Ausschlussversuchen zu

weit rechts stehender Parteimitglieder und allzu voreilig bekundeter Koalitionsbereitschaft programmatisch zu früh abzurüsten. Zu einem Zeitpunkt, als der Wähleraufwuchs der AfD einen massiven Stimmungsumschwung in der Bevölkerung gegen die Berliner Regierungspolitik widerspiegelte. **Damit war die Bahn frei für jene AfD-Politiker der zweiten Stunde**, die mit wachsendem Zuspruch der Partei- und Wählerbasis eine **härtere Gangart** verlangten. Auf einem Gebiet, das seitdem zum Lebenselixier und Alleinstellungsmerkmal der AfD geworden ist: die **Ablehnung ausländischer, vor allem muslimischer Zuwanderung nach Deutschland**.

Indessen ist die AfD kein deutsches Phänomen. Sie bildet **nur ein weiteres Glied in der Kette erfolgreicher Rechtsparteien, die europaweit seit zwei, in Einzelfällen sogar vier Jahrzehnten ihren Wählerzulauf erhöhen**. In Frankreich ging der Stern des Front National bereits in den 1980er Jahren auf. Zu gleicher Zeit erlebte die österreichische FPÖ ihren ersten Höhenflug unter Jörg Haider. Sein Alpennachbar Christoph Blocher stand ihm nicht nach, die Schweizerische Volkspartei in vergleichbarer Weise für Wähler rechts von der Mitte anziehend zu machen.

In allen neun Nachbarländern Deutschlands nehmen – abgesehen von Luxemburg – mittlerweile **nationalpolitische Parteien einen festen Platz in der Parteienlandschaft ein**. Im europäischen Vergleich zeigen sie sich mit Wähleranteilen von plus/minus 30 Prozent derzeit am stärksten in Polen (PiS), Italien (M5S, Lega), Österreich (FPÖ) und der Schweiz (SVP). Dahinter folgen die Niederlande (PVV), Frankreich (FN bzw. RN), Finnland (PS), Schweden (SD), Dänemark (DF) und schließlich Deutschland. Sonderlich spektakulär und unerwartet ist das Auftreten der AfD also nicht. **Eher erweist sich Deutschland auch in dieser Hinsicht wieder einmal als Spätkommer**.

Zumal die populärsten Rechtsparteien in Warschau, Wien, Zürich und Rom sogar regieren oder wie in Kopenhagen und Helsinki Regierungen stützten. Im Grunde eine selbstverständliche Prämie für Wahlgewinner, die der AfD hierzulande jedoch scheinbar bis zum letzten Atemzug verwehrt werden soll.

Was den **moralisch so verteufelten, insgeheim um ihr Kapergeschäft aber tief beneideten Freibeutern in europäischen Gewässern** hohe Prisen einträgt, ist unschwer auszumachen: die doktrinäre und elitäre Abnabelung des politischen Führungspersonals der Volksparteien von ehemem. **Die gesellschaftspolitischen Glaubenssätze der langjährigen Regierungsparteien haben sich Schritt für Schritt zur linken Mitte hin verschoben.** Die Einstellungsmuster der Mehrheitsbevölkerung sind aber weiterhin rechts davon einzuordnen.

Zählt man beispielsweise **die abgegebenen Zweitstimmen bei der bayerischen Landtagswahl vom 14. Oktober 2018 für die CSU, die AfD und die bodenständigen Freien Wähler zusammen, beträgt die Summe knapp 60 Prozent.** Ein Ergebnis, das früher F.-J. Strauß als Messlatte für die CSU ausgab (55 plus x) und auch lieferte. „Stoppt Strauß“ war zeitlebens Wunsch, nie Wirklichkeit im Freistaat. Nicht einmal in der Bundesrepublik, als sich den sozialliberalen Bundesregierungen von Brandt bis Schmidt ein unionsgeführter Bundesrat entgegen stemmte. Weder damals noch heute, **weder in Bayern noch im Bund ist das politische Mehrheitsbild der Bürger linksliberal,** ihr politisches Denken unverrückbar nach links gerutscht. Auch wenn das die „pressure groups“ einer transnationalen, multiethnischen Gesellschaft zudringlicher denn je behaupten.

Heimat, Nation, Volk – Verbotsbegriffe politischer Korrektheit für die politische Klasse. **Für die Bürger, die man zu vertreten vorgibt,**

aber nach wie vor Haltepunkte ihrer Bedürfnisse nach Zusammengehörigkeit, Gemeinschaft, Verlass, gegenseitigem Mindestverständnis und Identität. **Davor baut sich gerade in Deutschland die Drohkulisse einer Überfremdung durch Migration auf**, über deren Fortgang sich alle Parteien mit Ausnahme der AfD weitgehend einig sind. Auch gegen Ängste und Widerstände der Bürger. Wie in dem blinden Eintreten für Internationalisierung und Europäisierung, die bei den letztlich Betroffenen vor Ort Verlorenheit und Ohnmacht hinterlässt.

„**Gestern standen wir am Abgrund. Heute sind wir einen Schritt weiter.**“ Aus dieser **Zustandsbeschreibung des überkommenen Koalierens von CDU, CSU, SPD, Linkspartei, Grünen und FDP** schlägt die AfD ihr Kapital. Mit noch mehr Rendite, solange sie ihre Rolle als **oppositioneller Solitär** behauptet. **Gauland und Co.** bleiben im Trend, weil ihre parteipolitischen Gegner unisono politische und soziale Grundbedürfnisse der Bürger missachten. Unter den Regierenden herrscht eine Lebensanschauung vor, die sich von den Alltags- und Konflikterfahrungen der meisten Menschen abgekoppelt hat.

Oppositionsführer im Parlament und auf der Straße

Die Erwartung und Hoffnung aller kritischen Stimmen zur AfD, die Partei werde sich mit dem Gebaren ihrer gewählten Mandatsträger schon bald unmöglich machen, hat getragen. Von Entzauberung kann keine Rede sein. **Die Parlamentsarbeit hat die AfD-Abgeordneten nicht als politische Analphabeten entlarvt.** Im Gegenteil. Anträge, Anfragen und Gesetzesvorlagen entsprechen üblichen oppositionellen Standards. Gewiss, **die AfD provoziert** mit Redebeiträgen wie niemand sonst in den Parlamenten. **Doch das ist ihr Tagesgeschäft und wesentlicher Teil ihres Erfolgsrezepts:** mit Blitzeinschlägen den

wolkigen Konsens der übrigen Parteien zu erschüttern. In der Wählergunst sackt die AfD mit den Tabubrüchen ihrer Vertreter nicht ab, sondern legt noch zu. **Ungeachtet eines Personalkarussells**, das sich um den harten Kern der Partei dreht.

So kam es **in den Landtagen und im Bundestag zu einzelnen Fraktionsaustritten und persönlichen Zerwürfnissen**. Der parlamentarischen Existenz und Präsenz der AfD tat das aber keinen Abbruch. Weder in Mecklenburg-Vorpommern noch in Nordrhein-Westfalen, wo drei bzw. vier Mitglieder aus den Fraktionen ausschieden. In Sachsen verlor die Landtagsfraktion sogar 6 ihrer ursprünglich 15 Mitglieder. Und **dennoch liefert sich die sächsische AfD ein Kopfan-Rennen mit der CDU um die Krone des Stimmenprimus bei der nächsten Landtagswahl** am 1. September 2019. In Baden-Württemberg gelang es zudem, die zeitweilig in zwei Teile gespaltene Landtagsfraktion wieder zusammenzuführen.

Ähnlich **nebensächlich für die Konsolidierung der AfD auf Bundes- und Landesebene erscheinen bislang die parteiinternen Führungswechsel**. In Niedersachsen kehrte nach dem erzwungenen Abgang des selbtherrlichen Armin Hampel unter seiner Nachfolgerin im Landesvorsitz, Dana Guth, Ruhe ein. In Thüringen sitzt der Nr. 1 Demagoge Björn Höcke – allen internen und externen Anfeindungen zum Trotz – als Fraktionsvorsitzender und einer von zwei Sprechern des Landesverbandes fest im Sattel. **In Sachsen-Anhalt war dagegen im März 2018 Schluss mit dem Vorsitzenden Poggenburg** – Shootingstar des Erdrutsches von 24,4 Prozent der Zweitstimmen für die AfD bei der Landtagswahl von 2016. Fraktion und Landespartei wollten sich selbst reinwaschen. Von einem Vorsitzenden, der im Verdacht der Vorteilsnahme stand und mit plumpen völkischen Ausfällen selbst in der AfD seinen Rückhalt verloren hatte.

Zum besten Pferd im parlamentarischen Stall der AfD hat sich unterdessen die Bundestagsfraktion gemausert. Als größte Oppositionsfraktion und hinter Union und SPD drittstärkste Parlamentsfraktion stellt sie 92 der 709 Bundestagsmitglieder. Drei ihrer Abgeordneten sitzen relativ geräuschlos den Bundestagsausschüssen für Haushalt, Recht und Verbraucherschutz sowie Tourismus vor. **Laut und sichtbar sind** hingegen **die beiden Fraktionsvorsitzenden Gauland und Weidel.** Der 77-jährige Senior und die bald 40-jährige Volkswirtin füllen ihre Rolle aus.

Nicht mit Witz, Charme und visionärem Glanz. Dafür sind ihre Themen zu negativ besetzt, ihre Krisendiagnosen zu **kalt und unerbittlich.** Diese Tönung hat die AfD nun einmal. Doch davon abgesehen zeigen sich der ehemalige CDU-Staatssekretär und die gebürtige Gütersloherin **eloquent und zuspitzend, aber nie dumpf und ordinär,** wenn sie die Regierung Merkel-Scholz an ihren verwundbarsten Stellen angreifen: der **Migrations- und Europapolitik.** Der Vorwurf, auf diesen Felder nicht nur die deutsche Gesellschaft zu spalten, sondern **mit massenhaft geduldetem Asylmissbrauch einen Sprengsatz an die EU zu legen,** ist nicht unzutreffend.

Ebenso wenig die **Blickschärfe für das absehbare Scheitern der Europäischen Währungsunion.** Die deutsche Regierung hat keinen Plan für den näher rückenden Tag, an dem sich die Fehlkonstruktion des Euro nicht länger geld- und finanzpolitisch verschleiern lässt und zerfällt. Auch wenn einem der Absender nicht gefällt, **in der Sache liegt die AfD mit ihrer Regierungskritik nicht völlig daneben.** Und punktet damit bei den Bürgern.

Denen fällt der **Unterschied zu den stumpfsinnigen NPD- und DVU-Einsprengeln** in ostdeutschen Landtagen der Vergangenheit durchaus auf. Professionell, rhetorisch versiert und gut organisiert prä-

sentiert sich die AfD zumindest im Bundestag. Fehlritte und Entgleisungen Einzelner kommen in jeder Fraktion vor. **Das Etikett des Populismus gereicht der AfD beinahe zur Ehre.** Dem sozialwissenschaftlich so entstellten Begriff wohnt in Wahrheit eine Volksnähe inne, die zum Wesen der Demokratie gehört.

Freilich hat die Partei auf Mitarbeiter-, Mitglieder- und Sympathisantenebene **auch eine Leimspur ausgelegt**, die all jene Versprengten anzieht, die schon immer von einer deutschnationalen Erweckung träumten. **Rechtsradikale Gruppen und Grüppchen von den demokratischen Rändern bis zum politischen Extremismus:** Kameradschaften, Reichsbürger, Identitäre, Verschwörung Anhänger, Burschenschaften, Pegida und neurechte Netzwerke. All jene, die als „Systemgegner und -kritiker“ auf den Zug der AfD aufspringen.

Die nimmt sie – bislang ohne klare Kante – auch in Teilen mit. Zu verlockend ist das Mobilisierungspotential außerhalb des Parlaments. Wie keine andere deutsche Partei **überzieht die AfD das Land mit Kundgebungen** auf Straßen, Plätzen und in Mehrzweckhallen. Und **wie sonst keinem Akteur aus dem Parteienspektrum ist ihr die öffentliche Aufmerksamkeit dabei sicher.** Von Gegnern, Anhängern und Medien. Wo sich die Bundeskanzlerin nur noch vor handverlesenem Oberschichtenpublikum oder Belegschaften regionaler Vorzeigeunternehmen zu reden traut, Minister an sie gerichtete Hassmails in Theatersälen vortragen lassen, **da geht die AfD direkt auf die Bürger zu.**

Unter Inkaufnahme widrigster Umstände, die ihren Straßenwahlkämpfern vermeintlich demokratische Gegendemonstranten regelmäßig bereiten. Das schweißt nicht nur unter Gesinnungsfreunden zusammen. Der Mut, sich zu zeigen und mit seiner Botschaft auf die Bürger zuzugehen, trägt der AfD auch weiteren Zuspruch ein. Auf einer **öffentlichen Er-**

regungskurve, die eingedenk der Schattenseiten ungebremster Einwanderung steil nach oben weist. Vor diesem Hintergrund ist auch der Richtungsstreit in der AfD zum Erliegen gekommen und praktisch entschieden.

Rechtsschwenk marsch: der Flügel übernimmt

Die **kurze Messe für die AfD als zunächst rechtsliberale, wertkonservative Bürgerpartei** war gelesen, als sie ihren Geburtshelfer, den Ökonomen Bernd Lucke, auf dem Essener Parteitag im Juli 2015 aus dem Amt des Vorsitzenden stieß. Danach war für die Partei **vorgezeichnet, im Fahrwasser derselben Reizthemen zu segeln, die man in ganz Europa schon viel länger von rechts auf die politische Agenda gesetzt hatte.** Die Schaffung einer gemäßigt-bürgerlichen, Mittelstand und akademisches Milieu bündelnden Wahlalternative zu den absteigenden Traditionsparteien erwies sich als illusorisch. Zu sehr **warteten viel tiefer sitzende Stimmungen und Reflexe gegen das übliche politische Einerlei darauf, abgerufen zu werden.**

Sie hatten sich in der Bundesrepublik seit der Politikverdrossenheit in den späten 1980er Jahren und in Ostdeutschland mit der Ernüchterung über die Einheit ausgebreitet. **Gegen wachsende gesellschaftliche Ungleichheit, gegen korrupte und entrückte Eliten, gegen Multikulti, gegen Asylmissbrauch, Kriminalität und Fremdbestimmung.** Den eigenen, drohenden Abstieg vor Augen, die Erfahrung, Vertrautes zu verlieren hinter sich, und die Wut, das alles hinnehmen zu müssen, im Bauch. **Dieses Protestpotential bedurfte lediglich einer Initialzündung.**

Das geschah mit der AfD und überrollte schon bald alle moderaten Absichten der Partei aus der Gründungsphase. Sie geriet zum **Saurier in**

einem politischen Jurassic Parc, für den die Zäune fielen. Mit der regierungsseitigen Öffnung der deutschen Grenzen für Millionen Flüchtlinge explodierte der Rechtspopulismus in Deutschland. Und etablierte – verspätet – auch hierzulande **eine Partei, wie sie mit annähernd demselben Profil in fast allen europäischen Staaten zu finden ist.** Ihnen allen gemeinsam ist die Erfolgsformel, sich dem Wanderungsdruck aus Afrika und Asien entschieden und radikal zu widersetzen, mehr Sozialleistungen für Einheimische zu versprechen und die volksfernen „Altparteien“ aus dem Weg räumen zu wollen.

Begraben liegen darunter alle personellen und inhaltlichen Ansätze der AfD, ihr einen seriösen, sachpolitischen Anstrich zu geben. Sie mehr oder minder als Schnittmenge der Wähler aufzubauen, die sich enttäuscht von den bisherigen Mittelparteien abgewandt haben, ohne selbst ihre politische Mitte aufzugeben. Diesen Weg hat die AfD definitiv verlassen. **Zugunsten eines einseitigen, allein der Migrationsdebatte zu verdankenden Stimmungshochs, das dem deutschnationalen Flügel auf den wichtigsten Ebenen der Partei zum Durchbruch verholfen hat.**

Die Flügelbildung geht zurück auf ein erstes drohendes Schisma der Partei. In der Auseinandersetzung über den liberal- oder nationalkonservativen Kurs der AfD vor der Abwahl Luckes, traten die Landespolitiker Höcke (Thüringen) und Poggenburg (Sachsen-Anhalt) mit der sogenannten „**Erfurter Resolution**“ hervor. Darin bekannten sie sich u.a. zu messerscharfer Abgrenzung von den konventionellen Parteien, forderten den Schulterschluss mit Pegida und lehnten jede Kompromissbereitschaft für Regierungsbeteiligungen rigoros ab. **Die AfD habe quasi die historische Mission, eine Art nationale Wiedergeburt der deutschen Gesellschaft und ihres Staates zu erwirken.**

Gegen die Initiatoren der Resolution, die sich selbst die Bezeichnung „Der Flügel“ verliehen, unterlag mit dem Ausscheiden Luckes bereits eine innerparteiliche Gegenströmung (Weckruf 2015). **Seitdem hat der Flügel systematisch an Einfluss gewonnen. Auch gegen ein neuerliches innerparteiliches Gegengewicht wie die „Alternative Mitte“.** Auf dem Bundesparteitag in Hannover im Dezember 2017 scheiterte der Berliner AfD-Fraktionsvorsitzende Georg Pazderski mit seiner Kandidatur für den Bundesvorstand. Er ist die letzte liberalkonservative Stimme von Belang in der Außenwahrnehmung der Partei.

Die beiden Bundesvorsitzenden Meuthen und Gauland sind dem Flügel verbunden. Gauland unterzeichnete die Erfurter Resolution. Als Duo nehmen sie regelmäßig am Kyffhäusertreffen teil, dem jährlichen Stelldichein des Flügels zu Füßen der in Buntsandstein gemeißelten Figur des erwachenden Kaisers Friedrich Barbarossa. Und **Gauland wie Meuthen halten im Bundesvorstand ihre schützende Hand über das enfant terrible des Flügels: Björn Höcke.** Der muss deshalb auch gar nicht in die Führung der Partei auf Bundesebene einziehen. Es reicht, dort Unterstützung und Deckung für sein provokantes Vorkämpferimage einer deutsch-nationalen Volkserhebung zu finden.

Das Vordringen, wenn nicht schon **das Vorwalten der ideologischen Positionen des Flügels** innerhalb der Partei und in ihrer öffentlichen Zurschaustellung **ist ein zweischneidiges Schwert.** Solange der Wählerboden **in puncto Migrationsüberdehnung und gegen das Narrenschiff der CDU unter Kanzlerin Merkel** bebt, **zahlt sich Kompromisslosigkeit für die AfD an der Wahlurne aus.** Bürger bis in die politische Mitte hinein bleiben hochmotiviert, den Regierenden einen Denkkettel zu verpassen. Das nationalistische Überschießen einer fundamentaloppositionellen AfD wird dafür billigend in Kauf genommen.

Aber was, wenn dieser – wie jeder – Wutpegel sinkt? Dass die Tage Merkels als Parteivorsitzende und Regierungschefin gezählt sind, steht fest. **Früher oder später wird dann auch die CDU in der Einwanderungspolitik umsteuern.** Mindestens in Richtung Begrenzung, Bedarfskriterien und beschleunigter Abschiebung. Damit werden sich die Wogen glätten. **In den Fängen des „Flügels“ geriete die AfD dann auf die Verliererstraße des Extremen, dem das alles nicht weit genug geht,** der aber nur noch die zu 150 Prozent Überzeugten an sich bindet. **Koalitionsunfähig und zur unbedeutenden Restgröße im Poker um die Macht geschrumpft.** Im Bund sowohl 2021 wie 2025. In den Ländern – je nach Selbständigkeit des Landesverbandes – mit mehr Spielraum, aber von vornherein mit weniger Gestaltungsmöglichkeiten in den entscheidenden Fragen der Bevölkerungs- und Europapolitik.

Eine langfristige Existenz wird der AfD nur als Korrektiv oder Ersatz der Unionsparteien beschieden sein. Für das erste disqualifiziert eine Frontstellung wie sie die AfD derzeit um maximaler gesellschaftspolitischer Zielvorstellungen willen gegen alle Regierungsparteien einnimmt. Das zweite ist erst Recht **unrealistisch, sofern sich eine im Positiven unverwechselbare AfD für breite Bevölkerungsschichten nicht weicher zeichnet.** Ohne Spannweite und mit nur einem, stark rechtslastigen Flügel bleibt die Partei auf Dauer nicht in der Höhe. Zumal die AfD bis heute keinen vertrauenswürdigen Piloten hat, der verspricht, die Maschine sicher an das Ziel ihrer Reise zu bringen.

Viele Häupter, aber kein Häuptling

An prominenten Gesichtern fehlt es der AfD nicht mehr. Der politische Beobachter weiß inzwischen **die bekanntesten Pappenheimer der Partei** einzuordnen: **Gauland, Weidel, Meuthen, von Storch, Hö-**

cke. Allesamt um kein Wort verlegen, selbstsicher, offensiv, konfliktfreudig, allen Anfeindungen unerschütterlich und argumentativ trotzend. Für **ihre eine große Sache: Deutschland soll deutsch bleiben.** Dennoch findet sich unter diesen Gallionsfiguren wie in der ganzen Partei **bislang niemand, hinter dem sich die Mitglieder geschlossen sammeln könnten und der die Massen elektrisiert.**

Alexander Gauland scheint in der AfD politisch auszuleben, was ihm in 40 Jahren CDU-Mitgliedschaft verwehrt blieb: in der ersten Reihe zu stehen und **einen deutschnationalen Konservatismus unverwässert zu Markte zu tragen.** Angetrieben, in einem zweiten Anlauf eine geistig-moralische Wende herbeizuführen, die unter den Unionsparteien in den 1980er Jahren versandete und nach der Wiedervereinigung in ihr Gegenteil umschlug. Gauland – „unser Leben währet siebzig Jahre, und wenn's hoch kommt, so sind's achtzig Jahre“ – ist mit bald 78 allerdings **viel zu alt, um für die Partei mehr als eine Übergangslösung zu sein.** Bestenfalls ein spiritus rector, der deutlich Jüngeren das Feld bereitet und Talente für Leitungsfunktionen fördert.

Schlimmstenfalls eine Art Hindenburg der AfD, der seine Gunst verteilt oder entzieht. Der persönlichen und politischen Fehleinschätzungen erliegt. Hinter dessen Rücken sich Diadochenkämpfe abspielen. Der Augendiener um sich schart und als kleinster gemeinsamer Nenner eine zerstrittene Partei noch zusammenhält. **Gauland ist einstweilen zu selbstgewiss und sendungsbewusst, um seinen Rückzug vorzubereiten.** So wird er die Öffentlichkeit noch länger mit seinem deutschen Geschichtsstolz behelligen, Churchill und Bismarck zitieren, im Plauderton den Verfall einer zerrissenen Gesellschaft beklagen und den Unionsparteien ihre Irrfahrt vorhalten. Mehr nicht. **Persönlich und politisch ist Gauland keine Machtoption für die AfD.**

Für seine Sitznachbarin im Berliner Reichstagsgebäude, **Alice Weidel**, gilt das nicht. Sie ist **ambitioniert und geeignet, dereinst Regierungsverantwortung zu übernehmen**. Kühl, analytisch und beschlagen, trotzdem telegen und temperamentvoll. Die gleichgeschlechtlich verbandelte Mutter zweier Söhne – steuerpflichtig in der Schweiz gemeldet – macht keinen Hehl daraus, dereinst auch auf der Regierungsbank sitzen zu wollen. **Wenn sich denn dafür Partner finden**, die eine grundsatztreue AfD mit erdrückenden Wahlerfolgen in den nächsten vier bis sechs Jahren zum Nachgeben zwingt.

Einziges Manko Weidels: sie wärmt nicht. Weder die Seele der Partei noch die ihrer Wähler. Ihre Auftritte im Bundestag erinnern im Stil, nicht in der Sache an die SPD-Oppositionspolitikerin Ingrid Matthäus-Maier. Gnadenlos pickte sie sich als Finanzexpertin die haushaltspolitischen Luftbuchungen der Regierungen Kohl im ersten Einheitsjahrzehnt heraus. So wie Weidel heute mit der Euro- und Einwanderungspolitik der Regierung Merkel verfährt. Vorderhand genug für einen Kabinettsposten, aber **an sich zu wenig, um die Stimmen der AfD bis zur unabweisbaren Regierungsbeteiligung zu maximieren.**

Der fünffache und zweimal geschiedene Familienvater **Jörg Meuthen**, kurzzeitig schon einmal Alleinvorsitzender der AfD, redet bis heute nicht. **Er doziert.** Ein Wirtschaftswissenschaftler und Hochschullehrer, den kein geschlossenes Weltbild in die Politik wechseln ließ. Meuthen umklammert jedes Rednerpult wie sein zweites Ich, wenn er darüber herzieht, **was ihm schon länger an diesem Land missfällt: die Kulturhegemonie der Alt-68er und ihrer Nachkommen.** Der Ingrim des akademischen Konterrevolutionärs trägt freilich nicht weit. **Meuthen hinterlässt schon jetzt nicht selten den Eindruck, sich der einfältigeren Geister zu genieren**, die dem Ruf der AfD gefolgt sind. Und die erwidern die Distanz ihres Vorsitzenden mit demselben

Vorbehalt. **Auch Meuthen verleiht der AfD nicht den entscheidenden, mitreißenden Schwung.**

Obwohl zwei Drittel der AfD-Wähler Männer sind und der Frauenanteil der AfD-Bundestagsfraktion nur rund 10 Prozent beträgt, **gehört zu dem auffälligsten Quintett der AfD auf Bundesebene** neben Alice Weidel **eine zweite Frau: Beatrix von Storch**. Enkeltochter zweier strammer Nationalsozialisten zu sein – des Erbgroßherzogs Nikolaus von Oldenburg und des Hitler treu ergebenen Finanzministers Schwerin v. Krosigk – kann eine Hypothek oder Vorprägung sein. **In ihrer Mitteilungsfreude über facebook und twitter nimmt die gescheite Berliner Anwältin jedenfalls kein Blatt vor den Mund**, Blut und Gut des deutschen Volkes vor fremden Übergriffen schützen zu müssen.

Den Schusswaffeneinsatz gegen Flüchtlinge beim Grenzübertritt zog v. Storch ernsthaft in Erwägung. Die Neujahrsgrüße der nordrhein-westfälischen Polizei auch auf Arabisch konterte sie mit der Polemik, die Gesetzeshüter würden sich sexuellen Gewalttätern andienen. Deutschen Popgrößen, die vor zehntausenden Fans Anfang September 2018 in Chemnitz „gegen Rechts“ konzertierten, rief sie per Tweet einen Tanz „auf Gräbern“ nach. Mit solchen, **verlässlich von Bestürzung, Hohn und Spott ihrer Gegner begleiteten Schnellschüssen** hat sich v. Storch einen Namen als „**femme provocatrice**“ der AfD gemacht. Mehr aber auch nicht. Die Protestantin lehnt die Homo-Ehe ab und will Abtreibung, ja sogar Verhütung verbieten. Das kommt in Teilen der Partei eher schlecht, in der modernen Gesellschaft als **reaktionär und weltfremd** gar nicht an. Mit ihren beiden Posten – stellvertretende Landesvorsitzende der AfD in Berlin und eine von vier stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden im Bundestag – ist die eigensinnige v. Storch gut bedient. Beide Ämter sind ihr schon mittelfristig nicht sicher.

Schließlich **der begabteste Redner der Partei: Björn Höcke**. Man sollte ihn nicht unterschätzen und angesichts seiner bisherigen Entgleisungen – u.a. nannte er das Holocaust-Mahnmal in Berlin „ein Denkmal der Schande“ – voreilig für kompromittiert halten. **Als Heißsporne haben schon ganz andere Politiker angefangen**. Der beurlaubte Studienrat ist im passenden Alter (46), sportlich, ohne Berührungängste, mutig, klar und genügend intellektuell. **Die Parteibasis goutiert Höckes Auftritte mit dem Lustempfinden: „Der traut sich was.“** Das gibt ihm ein Standing in der Partei, das niemand sonst hat.

Die größte Gefahr für Höcke besteht darin, an sich selbst zu scheitern. Mit unbesonnenen Anklängen und unvorsichtigen Kontakten rechtsextremer Couleur. **Wenn er diese Abgründe unmissverständlich meidet**, sich zur rechten Mitte hin bewegt, wartet und Gräben überbrückt, **wird ihm eines Tages der Parteivorsitz in den Schoß fallen**. Die Spitzenkandidatur für die Landtagswahl in Thüringen im Oktober 2019 ist ein Testlauf dafür, ob Höcke in seiner Karriere noch höhere Weihen winken. **Dafür müsste er den Sprung vom Polarisierer zum landespolitischen Macher schaffen**, der für breite Kreise wählbar wird und einen Wahlsieg oberhalb von 25 Prozent der Zweitstimmen einfährt. Ein kühnes Unterfangen mit vielen Unbekannten.

Keine einnehmende Führungspersönlichkeit in petto zu haben, ist daher noch immer das große Manko der AfD. Anders als für den „Rassemblement National“ unter **Marine Le Pen** in Frankreich, die FPÖ unter Heinz-Christian Strache in Österreich oder die Partei der Freiheit unter Geert Wilders in den Niederlanden. **Dabei bedürfte es gerade eines vergleichbaren Kalibers, um der AfD im Bund irgendeine Machtperspektive zu eröffnen**. Entweder über die Öffnung für Koalitionen oder im riskanten Alleingang. Beides Zerreißproben

für die Partei, die sie so oder so nur mit zugkräftigem Personal bestehen kann.

Brautschau oder va banque spielen?

Demokratiepolitisch ist es den Stimmbürgern irgendwann nicht mehr zu vermitteln, **eine Partei, die zweistellige Wahlergebnisse erzielt, unter allen Umständen von der Regierungsverantwortung fern zu halten.** Selbst jene, die der AfD mit Nulltoleranz begegnen, werden sich irgendwann den Mechanismen der Mehrheitsbildung in Deutschland beugen müssen. Regierungsmehrheiten kommen unter den Gegebenheiten des politischen Systems der Bundesrepublik bis auf weiteres nur durch Koalitionen zustande: zu zweit oder zu dritt. **Alle gegenwärtigen Kombinationen gegen eine parlamentarisch stark vertretene AfD – Rot-Schwarz, Schwarz-Grün, Rot-Rot Grün, Ampel, Kenia und Jamaika – sind bereits Verlegenheitslösungen. Ihre Haltwertzeit ist gering, weil die Partner zu unterschiedlich sind und sie mit seichten Regierungsleistungen die Bürger ernüchtern.**

Dieses Farbenspiel wird über kurz oder lang ausgereizt sein. Denn alle Beteiligten, vor allem Union und SPD, verlieren darin mehr als sie gewinnen und stehen hinterher schlechter dar. **Für Mehrheiten, die mit der AfD rechnerisch möglich sind, werden sich dann auch die politischen Schlagbäume heben.** Unter der Voraussetzung, dass sich die Rechtspartei in Ostdeutschland als mindestens zweitstärkste, in Westdeutschland als drittstärkste und im Bund als in dieser Bandbreite liegende Kraft festsetzt.

Mit Blick auf eine solche Konstellation **sind die Tage der Fundamentalopposition der AfD ebenso gezählt wie die der Verweigerungshaltung der Union.** Deren Fraktionsvorsitzende in Brandenburg und Sachsen haben schon einmal vorgefühlt. Rückpfiß inklusive.

Letztlich sind CDU und CSU die einzigen überhaupt denkbaren Koalitionspartner für die AfD, die Türöffner für gestalterische Gesetzgebungsmacht. Denn darum muss es dieser wie jeder Partei in letzter Konsequenz gehen: ihrem Dasein den Sinn zugeben, die Lebensverhältnisse nach dem Willen der Wähler zu verändern.

Ob und wie die AfD über das nächste Jahrzehnt dorthin gelangt, ist die Schicksalsfrage der Partei und eine Richtungsentscheidung für die Republik. Insofern steht viel auf dem Spiel. Um nicht zum kreidefressenden Mehrheitsbeschaffer zu degenerieren, **muss sich die AfD teuer verkaufen**. Also **weiter tief in die Wählerklientel der einstigen Volkparteien einbrechen** und die Konkurrenz zur Union auf die Spitze treiben. Das gelingt den Rechtskonservativen nur, wenn sie sich **thematisch breiter aufstellen**.

Mit Gegenentwürfen zur überkommenen Innen- und Außenpolitik, die **für unzufriedene Mitte-Rechts-Wähler** besser und unterscheidbarer sind als das, was von der CDU kommt und ihnen an Mitte-Links-Koalitionen missfällt. Wirtschafts- und Finanzpolitik, Bildungs- und Sozialpolitik, Außen- und Sicherheitspolitik – hier tun sich **bei der AfD nach wie vor große Lücken an Profil und Kompetenz auf**. **Nicht zu reden von sachdienlichen Innovationen**. Als bloße Anti-Merkel und Anti-Migrationspartei wird aus dem Ballon der AfD bald die Luft entweichen. Nicht mehr lange, dann bekommt die Kanzlerin ihren Fangschuss. Aus den eigenen Reihen. Und dann AfD?

Ihr Buschfeuer wird bald gelöscht sein, wenn der AfD nach dem Abtritt der Flüchtlingspatronin nicht mehr einfällt, als ein nationalkonservatives Gesinnungsmilieu zu pflegen, sich rückwärtsgewandter Ressentiments zu versichern, gesellschaftlich die 1950er oder die 1980er der alten Bundesrepublik wieder aufleben zu lassen. Ein **Leitbild für Deutschland, dessen Bevölkerung ziemlich unum-**

kehrbar im 21. Jahrhundert zu 20 bis 25 Prozent aus Menschen mit Migrationshintergrund besteht, muss auch eine Rechtspartei zukunftsweisender zeichnen. So sie keine Episode oder ein Spuk bleiben will.

Eines Tages **die absolute Mehrheit der Deutschen hinter sich zu wähen, sind Machtergreifungsphantasien ohne Bezug zur Wirklichkeit**. Wir schreiben weder politisch noch zeitlich das Jahr 1932. Verliert sich die AfD an solche Hasardspiele und plebiszitäre Putscherscherwartungen, stürzt sie mit tödlicher Gewissheit ab. **Umsturzparolen verstören und befremden die allermeisten Deutschen, die eine andere Politik, aber keinen anderen Staat wollen**. Stilisiert sich die AfD zum Opfer der Herrschenden, schreibt sie sich selbst die ewige Verliererrolle zu. **In der Demokratie entscheiden sich die politischen Herrschaftsverhältnisse in den Wahlumschlägen**. Und dort steht die AfD auf dem Stimmzettel.

In Italien benötigte die 2009 im Protest gegen den Euro, die politische Klasse und eine überbordende Zuwanderung **entstandene Fünf-Sterne-Bewegung knapp zehn Jahre, bis sie zur stärksten Einzelpartei aufrückte** und eine gesamtstaatliche Koalitionsregierung bilden konnte. Die FPÖ nahm unter Jörg zwei Jahrzehnte Anlauf, bevor die ÖVP sie im Jahr 2000 erstmals als Koalitionspartner akzeptierte. **HC Strache muss die Freiheitlichen ein ganzes Jahrzehnt in der Opposition erneuern**, bis sich die Türen der Hofburg zum Mitregieren für die FPÖ wieder öffneten. Marine Le Pen wird nach ihren Stichwahl-niederlagen in 2002 und 2017 im Jahr 2022 wohl noch ein drittes Mal antreten, um endlich in den Elysée Palast einzuziehen.

Der Weg zur Macht ist für jede Rechtspartei in Europa lang, steil, steinig und nicht vorbestimmt. **Zeit genug, dass sich entweder die AfD oder ihre Gegner besinnen**. Auf das, was die Bürger

berechtigterweise von ihnen erwarten: **den Frieden, die Freiheit und die Einheit des deutschen Volkes zu bewahren**, seinen Wohlstand zu mehren und Schaden von ihm zu wenden. Parteiübergreifend.

© Wolfgang Klages 2018. Verwendung nur mit Genehmigung des Verfassers.

www.respolitica.de

kontakt: klages@respolitica.de

Tel.: 0541-40 69 870